

BLICKPUNKT PLENUM

27. bis 29. Juni 2017

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit setzt sich fort

Die hessischen Kommunen stecken weiterhin in einem tiefen Schuldental. Dies belegt eine Untersuchung des Hessischen Städtetags: Der kommunale Schuldenstand in Hessen ist trotz Schutzschirm in den Jahren 2011 bis 2016 um 529 Euro pro Einwohner gestiegen. Nur den saarländischen Kommunen erging es noch schlechter. Mit dem sogenannten Schutzschirm wurden nicht einmal annähernd die kommunalen Defizite in Höhe von sieben Milliarden Euro aufgefangen, die zwischen 2011 und 2015 wegen der mangelhaften Finanzausstattung der hessischen Kommunen durch das Land entstanden sind.

Laut Hessischem Städtetag hat Hessen zudem mit Abstand das schlechteste Ergebnis bei den Kreditmarktschulden und den viertschlechtesten Platz bei den Kassenkrediten. Für Jubelmeldungen gibt es deshalb überhaupt keinen Anlass, auch wenn die hessischen Kommunen 2016 erstmals seit acht Jahren einen Haushaltsüberschuss erwirtschaften konnten. Denn dieses positive Ergebnis hat rein gar nichts mit der Landesregierung zu tun, sondern ist der guten Konjunktur und zahllosen zurückgestellten Investitionen in den Kommunen geschuldet.

Der einzige Beitrag der schwarz-grünen Landesregierung zu diesem Ergebnis ist die Erpressung der Kommunen, die gezwungen wurden, Kommunalsteuern und Gebühren zu erhöhen. Dadurch zahlten die hessischen Bürgerinnen und Bürger 620 Millionen Euro mehr pro Jahr als dies noch vor fünf Jahren der Fall war. Seit Regierungsübernahme der CDU im Jahr 1999 hat sich die finanzielle Situation der hessischen Kommunen massiv verschlechtert: Im Zeitraum 1991 bis 2000 gehörten sie bundesweit zu den Kommunen mit den geringsten Defiziten und sind im folgenden Jahrzehnt explosionsartig zu den Spitzenreitern bei den Defiziten „aufgestiegen“. Die CDU hat die gute Position der hessischen Kommunen zerstört, sie von Spitzenreiter zu Absteigern gemacht. Unsere Kommunen brauchen deshalb keine trügerischen Erfolgsmeldungen und Zwang zu Gebührenerhöhungen, sondern mehr Mittel für Investitionen und echte Hilfe beim Abbau der Altschulden!

Länderfinanzausgleich: Bouffier schweigt zu Zukunftsfragen Hessens

Vor dem Hessischen Landtag hat Ministerpräsident Bouffier eine Regierungserklärung zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs (LFA) abgegeben. Diese Neuregelung ist eine gute Entwicklung für Hessen mit zusätzlichen finanziellen Spielräumen von 500 bis 600 Millionen Euro jährlich. Hessen schwimmt nach der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und durch die konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen geradezu im Geld. Von Schwarz-Grün werden aber keine Weichen für die Zukunft gestellt. Es fehlen Investitionen in die Zukunft – ob in Infrastruktur oder Bildung – es liegt kein Konzept vor! Kein Wort des Ministerpräsidenten zu Zukunftsthemen, nur ermüdend lange Ausführungen, in welchen Sitzungen wer wo den neuen LFA ausgehandelt hat. Das ist entschieden zu wenig angesichts der großen Fragen, vor denen das Land steht.

Die SPD-Landtagsfraktion will die neu gewonnenen Spielräume nutzen, um schrittweise gebührenfreie Kitas einzuführen und die Kommunen bei der Kinderbetreuung finanziell zu entlasten. Ministerpräsident Bouffier, der genau das 2013 versprochen hatte, will davon heute nichts mehr wissen. Auch zu den Themen bezahlbarer Wohnraum, Mobilität und Zukunft des ländlichen Raums schweigt sich der Ministerpräsident aus, obwohl die Probleme und Herausforderungen offensichtlich sind. Stillstand ist keine Lösung!

Wir wollen in Hessens Zukunft investieren. Neben den gebührenfreien Kitas geht es dabei vor allem um massive Investitionen in Straßen- und Schienenbau, die Schaffung von bezahlbarem

Wohnraum und eine Stärkung des ländlichen Raums. Zudem muss das Thema der Nachhaltigkeit in den Bereichen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Trinkwasserversorgung stärker in den Fokus gerückt werden.

SPD-Antrag zum Konflikt zwischen Fraport und Lufthansa

Wir freuen uns, die beiden starken Unternehmen Fraport und Lufthansa am Standort Frankfurt zu haben und bedanken uns bei den zehntausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die diese beiden Unternehmen zu Eckpfeilern der hessischen Wirtschaft machen. Doch machen wir uns derzeit Sorgen über den Zustand der Partnerschaft von Lufthansa und Fraport.

In der Auseinandersetzung zwischen den beiden Unternehmen kam es Mitte Juni zu einem vorläufigen Höhepunkt mit der Entscheidung der Lufthansa, fünf ihrer A380-Flugzeuge von Frankfurt nach München zu verlegen. Die Landesregierung hat als größter Anteilseigner der Fraport monatelang tatenlos zugesehen, wie der Konflikt eskalierte. Auslöser des Konflikts waren Gebührenrabatte, mit denen Fraport neue Airlines nach Frankfurt lockt - und damit die Tür für Billigfluglinien wie Ryanair öffnet. Diese Rabatte hingegen kann die Lufthansa nicht nutzen und sieht dadurch einen Wettbewerbsnachteil. Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, im Streit zwischen dem Flughafenbetreiber Fraport und dessen Großkunden Lufthansa zum Wohle des Standorts Frankfurt zu vermitteln.

Die Wirtschaftspolitik der schwarz-grünen Landesregierung hat in diesem Fall komplett versagt: Der Ministerpräsident hat dieser Entwicklung tatenlos zugesehen und der Wirtschaftsminister äußert lediglich, dass er gerne vermitteln würde, wenn Lufthansa und Fraport ihn fragen würden.

Schwarz-Grün allein hat keine Antworten auf entscheidende Fragen: Wie kann der Flughafen auf das veränderte Kunden- und Marktverhalten reagieren? Wie kann der Flughafen in Frankfurt am Wachstum der Preisbrecher in Europa teilhaben, ohne seine angestammten Netzwerk-Gesellschaften zu vergrätzen und ohne gute Arbeitsplätze zu gefährden? Wie kann er sich im Wettbewerb der Hubs behaupten und seine Drehkreuzfunktion stärken?

All diese Fragen müssen beantwortet werden und deshalb brauchen wir eine „Allianz für das Drehkreuz Frankfurt“. Ähnlich wie bei der „Allianz für Lärmschutz“, mit der im Jahr 2012 auf die Proteste wegen der neuen Landebahn reagiert wurde, braucht es heute eine Allianz aus Politik und Luftverkehrswirtschaft, die ein breites Bündnis für die Zukunftsfähigkeit des Luftverkehrsstandorts Frankfurt bildet. Was wir nicht brauchen, ist weitere Untätigkeit dieser Landesregierung, die nur dem Abzug der Arbeitsplätze hinter herschaut.

Vertretungslehrkräfte endlich besser behandeln!

Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge an den hessischen Schulen ist viel zu hoch – und das seit Jahren: Aktuelle Zahlen aus dem Kultusministerium belegen, dass es seit 2013/2014 in jedem Schuljahr deutlich mehr als 4.000 befristet eingestellte Lehrkräfte gibt. Und das, obwohl wir derzeit in vielen Bereichen über Lehrermangel sprechen und eigentlich die Lehrkräfte mit festen Arbeitsverträgen verpflichten müssten. Das Gegenteil ist der Fall. Für das Schuljahr 2016/2017 gibt der Kultusminister sogar die unglaubliche Zahl von 4.923 befristeten Arbeitsverträgen an. Mit dieser Philosophie wird es kaum gelingen, motivierte Lehrkräfte für unsere Schulen zu gewinnen. Die Versprechungen des Kultusministeriums, befristete Stellen zu reduzieren, werden wieder nicht umgesetzt. Die erhoffte Kehrtwende zu mehr dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen und mehr Qualität in der Lehrerversorgung bleibt weiterhin aus.

Ein Skandal ist es auch, Jahr für Jahr über 1.000 Vertretungskräfte während der Sommerferien zu entlassen und nach den Ferien wieder einzustellen. Mit dieser Praxis nimmt Hessen den unrühmlichen 2. Platz bundesweit ein. Nicht nur, dass die Bundesagentur für Arbeit in dieser Zeit die Sozialkosten übernehmen muss, sondern die Lehrkräfte werden in Ungewissheit und finanzieller Abhängigkeit gelassen. Das muss endlich aufhören!

Wir wünschen allen eine schöne Sommerzeit!

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde